

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1988)

Heft: 2: Strom : scheint's das ganze Leben

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die schwedische Regierung will definitiv 1995 den ersten Atomreaktor stilllegen und bis 2010 aus der Kernenergie vollständig aussteigen. Energieministerin Brigitta Dahl sagte Anfang März an einer Pressekonferenz in Stockholm, 1995 werde das Atomkraftwerk Barsebäck und ein Jahr später das Atomkraftwerk Ringhals abgeschaltet. Die übrigen zehn Atomkraftwerke des Landes würden bis 2010 ausser Betrieb gehen. «Diese Entscheidung ist endgültig und unabänderlich, solange wir für die Regierung dieses Landes verantwortlich sind», sagte sie in Anwesenheit des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson. NZZ, 4.3.88

Die Italiener hatten sich im November des vergangenen Jahres in einem Referendum mit einem Ja-Stimmen-Anteil von über 80 Prozent gegen die Verwendung von Nuklearenergie ausgesprochen. Regierung und Parlament kamen darauf überein, in den nächsten fünf Jahren keine neuen Kernanlagen zu erstellen. Das Werk in Montalto di Castro hingegen, in das der italienische Staat bereits umgerechnet mehr als fünf Milliarden Franken investiert hat, sollte fertiggebaut werden. Dieses AKW war aber von Anfang an umstritten. Nicht nur die Bevölkerung der Region, sondern Nukleargeegner aus dem ganzen Land wehrten sich vehement dagegen, dass ausgerechnet in einem der fruchtbarsten Landwirtschaftsgebiete Italiens eine solche Zentrale mit einer Kapazität von 2000 Megawatt installiert werden sollte.

Nach längerem Hin und Her wurde 1982 dennoch mit dem Bau begonnen. Nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl im Frühjahr 1986 setzte aber in Italien eine Denkpause ein: Die Arbeiten in Montalto di Castro wurden mehr oder weniger eingestellt. Im November des vergangenen Jahres, nach dem Nuklearreferendum, suspendierte sie die Regierung vorübergehend vollständig.

Seit Mitte März musste nun aber eigentlich wieder gearbeitet werden, nachdem das Kabinett Gorla sozusagen als letzte Amtshandlung die Fertigstellung der Zentrale verfügt hat. Doch das Gemeindeparslament von Montalto di Castro hat am vergangenen Donnerstag einstimmig beschlossen, den Weiterbau zu blockieren. Die bisher in die Wege geleiteten Sicherheitsvorkehrungen reichten nicht aus, um die Bevölkerung im Falle eines Unglücks zu schützen, begründete der sozialistische Gemeindepräsident Leo Lupidi den Entscheid. Die staatliche Energiegesellschaft Enel hat inzwischen gegen den Beschluss der Gemeindebehörden beim Verwaltungsgericht der Region Latium Rekurs eingereicht. Am 21. und 22. März kam es zudem zu Protestaktionen der rund 6000 mit dem Bau der Zentrale beschäftigten

Arbeiter. Sie beklagen sich, dass der Streit um das AKW zu einem schönen Teil auf ihrem Buckel ausgetragen werde, und verlangen angesichts der Ungewissheit über den weiteren Gang der Dinge, dass die Regierung in Rom ihnen den Lohn garantiert. TA, 23.3.88

«Ich rechtfertige derartige Praktiken.» Mit diesem klaren Bekenntnis würzte der für Euratom verantwortliche EG-Kommissar Nic Mosar am 26. April vor dem Untersuchungsausschuss des Europäischen Parlamentes zum Atom-Skandal seine Ausführungen über die jüngst bekanntgewordene Praxis des «Flag-Swapping», also des Umdeklariens von Uran. Vor allem die Broker-Abteilung der Hanauer Unterhändler von Nukem scheinen beim Flaggenwechsel feste mitgewedelt zu haben – unter reger Mithilfe von Euratom. Der «Spiegel» hatte schon vor einigen Wochen über einen Flaggen-Wechsel berichtet, bei dem Nukem den Ursprungscode von Uran aus Australien gegen den Code für US-amerikanische Herkunft austauschen liess. Der Grund für den Tausch: Die lästige Auflage Australiens, dass Uran von dort nicht über 20 Prozent angereichert werden darf.

Eine hohe Anreicherung war aber beabsichtigt, deshalb wurde umdeklariert. Nächster spektakulärer Fall: Vor einer Woche übergab der Luxemburger Grünen-Abgeordnete Jup Weber der Staatsanwaltschaft Auszüge aus der Nukem-internen Buchhaltung, demzufolge Nukem Uran aus Südafrika in nigerianisches verwandelte, um dieses über Finnland zur Anreicherung in die UdSSR liefern zu können.

Beide Länder boykottieren südafrikanisches Uran, dessen Herkunft folglich von Nukem vertuscht wurde. Am 20. April erklärte der australische Industrie- und Energie-Minister Kerin vor dem dortigen Parlament: «Die Regierung hat schon lange den Verdacht, und die Euratom-Dokumente bestätigen diese Sicht, dass die Befürworter des internationalen Flag-Swapping von dem Wunsch angetrieben werden, die Restriktionen bezüglich Uran südafrikanischen und namibischen Ursprungs zu umgehen. taz, 27.4.88

Für sieben von insgesamt neun Spaltstofflagern in der Bundesrepublik gibt es bisher noch keine Kontrollvereinbarung, die die Inspektionen durch die Atomagenturen IAEO und Euratom im einzelnen regelt. Bisher war in der Öffentlichkeit nur bekannt, dass eine entsprechende anlagenspezifische Vereinbarung («facility attachment») für das bundeseigene Plutoniumlager in Hanau fehlt. Aus dem jüngsten Jahresbericht der IAEO geht jedoch hervor, dass sich die Atom-

agenturen auch für sechs weitere Lager in der Bundesrepublik bisher auf keinen Kontrollmodus einigen konnten; unter anderem gilt dies für eine Halle mit angereichertem Uran bei Transnuklear, ein Lager für bestrahlte Brennelemente in der Kernforschungsanlage Jülich, Uranhexafluorid-Lager der Lingener ExxonNuclear sowie der Transnuklear in Lleeese und für ein Lager mit abgebrannten Brennelementen des Forschungsreaktors II in Karlsruhe. taz, 29.3.88

Ein Mirage-Kampfflugzeug der französischen Luftwaffe ist am 30. März in der Nähe des bundesdeutschen Atomzentrums O h u abgestürzt – nur 1,5 km entfernt von den Kraftwerken Isar I und II bei Landshut (Bayern) sowie dem stillgelegten Atommeiler Niederaichbach. Dabei wurde der Pilot getötet. Nach Auskunft des bayerischen Innenministeriums bestand keine atomare Gefährdung. Tags darauf stürzte die amerikanische «Fighting Falcon» (Kämpfender Falke), das häufigste NATO-Flugzeug F-16, zehn Flugsekunden entfernt von den AKW P h i l i p p s b u r g und des Kernforschungszentrums K a r l s r u h e in ein Haus. Drei Tote, etliche Verletzte, Giftgasgefahr, Brände, Evakuierungen, Verwüstungsschneisen, zweimal um Haarsbreite am Super-GAU vorbeigeschliddert. Nach Angaben des Bundesumweltministeriums hätte Block I in Philippsburg nicht einmal einem Aufprall des wesentlich leichteren Starfighters standgehalten. Nur wenige Stunden nachdem Verteidigungsministerium und Bundeswehr die Einstellung der Tiefflüge ausdrücklich abgelehnt hatten, stürzte am 1. April eine französische Militärmaschine vom Typ Mirage bei B a r - l e - D u c in Lothringen, zwei Flugminuten vom Nuklearzentrum C a t t e n o m entfernt, auf ein Feld. Der Pilot konnte sich per Schleudersitz retten, ebenso wie die zwei deutschen Besatzungsmitglieder des auch am Freitag über dem Luftwaffenstützpunkt Nellis (Nevada) abgestürzten Tornado-Mehrzweckkampfflugzeuges.

Wie aus dem internen Sicherheitsbericht der Cattenom-Betreibergesellschaft Electricité de France (EdF) an die deutsch-französische Reaktorsicherheitskommission vom Juli 1981 hervorgeht, sind die französischen Druckwasserreaktoren der Klasse mit einer Leistung von 1.300 Megawatt, zu denen auch die beiden in Betrieb befindlichen Blöcke Cattenom I und II zählen, lediglich gegen Abstürze von Sport- und Geschäftsflugzeugen bis zu einem Gewicht von 5,7 Tonnen ausgelegt. In der Schweiz weisen, anders als die KKW in Gösgen und Leibstadt, diejenigen in Mühleberg und in Beznau keinen «auslegungsgemässen Schutz» gegen Flugzeugabstürze auf. Dies sagte Roland Nägeli, Direktor der Hauptabteilung für Sicherheit der Kernanlagen in Würenlin-

gen, in einem Interview mit Radio DRS. TA, 31.1.88, taz, 2.4.88 und 11.4.88

Rechtzeitig vor Ablauf der Frist hat das österreichische Ministerium für Umweltschutz im Einverständnis mit der Bundesregierung bei der bayrischen Staatsregierung eine Einwendung gegen die atomare Aufbereitungsanlage Wackersdorf geltend gemacht. Auf die Frage, warum nicht die Regierung als Ganzes als Rekurrent aufgetreten sei, meinte Bundeskanzler Vranitzky, Österreich könne sich nicht der Rechtssprechung eines deutschen Teilstaates unterstellen. Die Wiener Regierung will sich auf diese Weise die Hände für eventuelle völkerrechtliche Schritte freihalten. Offizielle Bedenken gegen die Aufbereitungsanlage haben auch die Mehrheit der österreichischen Bundesländer (unter ihnen Wien) und die Städte Linz und Salzburg angemeldet. Von privater Seite sind allein im Land Salzburg 90000 Unterschriften gegen Wackersdorf zusammengekommen. Umweltministerin Flemming und der Wiener Bürgermeister Zilk kündigten an, sie würden auf ähnliche Weise auch ihre Vorbehalte gegen Atomkraftwerke in der Tschechoslowakei und in andern Nachbarländern geltend machen. NZZ, 21.4.88

«Dies ist ein eindeutiges Signal, ein Volksentscheid gegen die WAA und die gesamte Atompolitik», erklärte die Sprecherin der Oberpfälzer Bürgerinitiative, Irene Maria Sturm, vor der Übergabe der 470000 Einwendungen aus Bayern und dem Bundesgebiet im atomrechtlichen Verfahren der WAA. Zusammen mit den Einwendungen aus Österreich, die bereits am 20. April übergeben wurden, erreichten die Einsprüche eine Rekordzahl von insgesamt über 750000 und führten damit zur grössten Beteiligung in einem atomrechtlichen Verfahren in der Bundesrepublik. taz, 26.4.88

Der Kasseler Kinderarzt Matthias Demuth hat im Rahmen einer Pressekonferenz der Gruppe «Ärzte und Naturwissenschaftler gegen Atomkraftwerke» eine Studie über die Leukämiesterblichkeit bei Kindern und Jugendlichen in der Umgebung des AKW Würgassen vorgestellt. Nach rund einjähriger Forschungsarbeit kam der Mediziner zu dem Schluss, dass in einem 20-km-Radius um das zweitälteste AKW der Republik «überdurchschnittlich viele Leukämiefälle bei Kindern» aufgetreten seien. Nach Berechnungen des Institutes für medizinische Statistik und Dokumentation an der Uniklinik Mainz, das seit 1980 sämtliche Leukämie- und Tumorfälle bei Kindern zentral registriert und auswertet, seien in der Region Würgassen (20-km-Radius) im Untersuchungszeitraum 7,68 Leukämiefälle zu erwarten gewesen. Demuth registrierte insgesamt 14 Leukämiefälle bei Kindern und Jugendlichen. Die Wissenschaftler um Demuth wiesen auch darauf hin, dass es in Würgassen in überdurchschnittlicher Häufigkeit zu Störfällen im Betriebsablauf gekommen sei. Deshalb seien die Ergebnisse der vorliegenden Studie nur bedingt auf andere AKW der Republik zu übertragen. Die Gruppe «Ärzte und Naturwissenschaftler gegen Atomkraftwerke» forderte die umgehende Stilllegung des Würgassener «Altreaktors», der im dichtbesiedelten Dreiländereck Hessen / Niedersachsen / NRW liegt und von der PREAG betrieben wird. taz, 15.3.88

Zum 2. Jahrestag des Unfalls im Atomreaktor von Tschernobyl stellt die Sowjetunion ihre Anstrengung zur «Normalisierung» heraus. Atomminister Lukonin weist auf die umfangreichen Entseuchungsarbeiten hin. Der in seinem Beton- und Stahlsarg glimmende Unglücksreaktor gebe jetzt sogar weniger Radioaktivität ab als die neben ihm arbeitenden Blöcke. Dort wird aber die Belegschaft nach fünftägiger Arbeit komplett abgelöst und für eine Woche in Erholung geschickt. taz, 28.4.88

Nach heftigen Protesten von Bürgern ist der Bau eines Atomkraftwerkes im Gebiet von Krasnodar im Nord-Kaukasus eingestellt worden. Der Bauplatz befand sich in einer Zone mit «erhöhter Erdbhebentätigkeit». Anstelle des Atomkraftwerkes soll jetzt ein Wärmekraftwerk mit fossilen Brennstoffen gebaut werden. VR, 16.2.88

ENERGIE SZENE

Auf den von Atomreaktoren angetriebenen britischen Unterseebooten ist es zwischen 1962 und 1978 zu über 700 «Zwischenfällen» gekommen. Wie die britische Zeitung «Guardian» am 3. März unter Berufung auf einen internen Report der «Royal Navy» berichtet, reichte die Palette dieser «Zwischenfälle» in den ersten 16 Betriebsjahren der U-Boot-Flotte von mangelhaften Routinetests über seefahrerische Fehlleistungen bis hin zum «Beinahe-Unfall», wie er sich erst am 26. Januar dieses Jah-

res in der schottischen U-Boot-Basis von Faslane ereignet hatte.

Obwohl das britische Verteidigungsministerium im Januar nur von einem «kleinen elektrischen Fehler» sprach, gehen Experten davon aus, dass der Atomreaktor des Polaris-U-Bootes «Resolution» kurz vor der Disfiguration, dem ersten Stadium auf dem Wege zum «meltdown» stand, ehe es der Besatzung gelang, das ausgefallene Kühlsystem wieder in Gang zu bringen.

Dem vom «Guardian» veröffentlichten internen Marine-Dokument zufolge waren 205 der «Zwischenfälle» auf mechanische Defekte, 107 auf menschliche Fehlleistungen und 123 auf Fehler im elektrischen System der U-Boote zurückzuführen.

Vom «Guardian» befragte US-Experten gehen davon aus, dass ein gutes Dutzend dieser «Zwischenfälle» zur Freisetzung von Radioaktivität geführt haben dürfte. Die Sicherheitsbestimmungen für die schwimmenden Atomreaktoren sind weit aus weniger streng als für die Reaktoren von Atomkraftwerken, weil die Gefahr für die Bevölkerung geringer eingeschätzt wird. Im südenglischen Flottenstützpunkt Plymouth beträgt die Sicherheitszone für den Ernstfall einen halben Kilometer! taz, 4.3.88

«Ich bin hierher gekommen, um das deutsche Volk zu bitten, Druck auszuüben, damit bei uns der Uranabbau unterbunden wird», erklärt Richard Brooks, Vertreter der Aborigines aus Australien. Zusammen mit den Abgesandten anderer Ureinwohner reist er zurzeit auf Einladung der Gesellschaft für bedrohte Völker und des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) durch die Bundesrepublik, um auf die Zerstörung ihrer Lebensräume hinzuweisen.

Sein Volk leidet seit Jahrzehnten unter den Folgen der friedlichen und militärischen Nutzung der Atomenergie – ebenso wie andere Völker in Nordamerika und Polynesien. In den fünfziger Jahren war sein Stammesgebiet Testgelände für britische Atombomben-Versuche, und als sich die radioaktive Verseuchung nicht mehr verheimlichen liess und immer mehr strahlungsbedingte Erkrankungen und Todesfälle bekannt wurden, musste sein Stamm nach Westaustralien auswandern. Doch auch hier wird seine Existenz bedroht, diesmal durch den Abbau von Uranerz. Über ähnlich leidvolle Erfahrungen berichten auch die Indianer Nordamerikas und die Ureinwohner Polynesiens. 72 Prozent der weltweiten Uranvorkommen befinden sich auf dem Grund und Boden von Ureinwohner-Völkern. Ihnen allen gemeinsam ist die Zerstörung ihrer Kultur und die Bedrohung ihrer Gesundheit in der Folge des «Energierausches der Industrienationen». taz, 20.4.88